

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 64. Ratssitzung vom 18. Mai 2011

1327. 2010/532

Weisung vom 22.12.2010:

Stadtpital Triemli, Mitgliederbeiträge beim Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK), Ausgaben

Antrag des Stadtrats

1. Für das Stadtpital Triemli wird eine Erhöhung des jährlichen Mitgliederbeitrags an den Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK) auf Fr. 75 000.– ab dem Jahr 2011 bewilligt.
2. Die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements wird ermächtigt, für das Stadtpital Triemli einen Jahresbeitrag bis zu einem Maximum von Fr. 90 000.– zu bewilligen für den Fall, dass es in den nächsten Jahren zu Anpassungen des jährlichen VZK-Mitgliederbeitrags kommen sollte.
3. Die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements wird ermächtigt, für das Stadtpital Waid einen Jahresbeitrag bis zu einem Maximum von Fr. 60 000.– zu bewilligen für den Fall, dass es in den nächsten Jahren zu Anpassungen des jährlichen VZK-Mitgliederbeitrags kommen sollte.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Uschi Heinrich (SP): Der VZK ist heute der zweitgrösste Spitalverband, alle öffentlichen Akutspitäler im Kanton Zürich sind inzwischen Mitglieder. Gegenüber dem Kanton Zürich, der Krankenversicherer und anderen Verbänden ist der Verein Interessenvertreter der Spitäler. Eine Mitgliedschaft bedeutet aber noch mehr. Der VZK setzt sich mit dem neuen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz auseinander, bietet Weiterbildungen an, einen Einkaufsverbund und Unterstützung in ökologischer Nachhaltigkeit. Falls der Weisung nicht zugestimmt würde, müsste das Triemli seine Mitgliedschaft kündigen und eine interne Vollzeitstelle schaffen, um sich auf die Tarifverhandlungen mit den Krankenversicherern entsprechend vorzubereiten. Allein diese Stelle wäre teurer als die Mitgliedschaft beim VZK. Dank des Vereins konnten 2010 die Tarifverhandlungen, mit Mehrertträgen in Millionenhöhe für die beiden Stadtpitäler, positiv abgeschlossen werden. Ich bitte deshalb den Rat, der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Weisung zu befürworten.

Urs Weiss (SVP): Die SVP-Fraktion stellt die Vorteile sowie den VZK selber nicht in Frage. Um das Kostenmanagement zu verbessern, scheint es für einen Verein aber immer der einfachste Weg zu sein, die Mitgliederbeiträge zu erhöhen. Hier ist aber unter-

nehmerisches Denken und Kreativität gefordert. Auch das Hinterfragen von Leistungsangeboten auf ihre absolute Notwendigkeit muss einen hohen Stellenwert einnehmen. So können schnell einmal grössere Beträge eingespart werden. Die verlangte Kompetenz des Stadtrats, die zukünftigen Beitragserhöhungen selbst bestimmen zu können, fördert einen leichteren Zugang zu bereits versprochenen Geldern. Daher lehnt die SVP die Beitragserhöhung fürs Triemli ab und ebenso die Dispositivpunkte 2 und 3.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Durch die Mitgliedschaft beim VZK wird unseren Stadtspitälern ein Sitz im fünfköpfigen Vorstand zugestanden. Damit sind wir auch auf nationaler Ebene gut vernetzt und können uns in den Gesetzgebungsprozess miteinbringen. Gerade die SVP müsste ein Interesse daran haben, dem Stadtrat die Erhöhungskompetenz zu geben. Es ist ineffizient, für einen festgesetzten Betrag mehrere Gemeinderatssitzungen abzuhalten. Grössere Erhöhungen würden wieder in der Kompetenz des Gemeinderats liegen. Ich bitte sie deshalb, dieser Weisung zuzustimmen und damit die beiden Stadtspitäler in den kantonalen und gesamtschweizerischen Verhandlungen zu stärken.*

Weitere Wortmeldungen:

Alexander Jäger (FDP): *Es ist unklug öffentlich bekannt zu geben, um wie viel die Beträge bei Anpassung der VZK-Mitgliederbeiträge erhöht werden. Für den Verband bedeutet dies eine finanzielle Absicherung und keine Kosteneffizienz. Der Gemeinderat kann Erhöhungen nicht im Voraus beschliessen. Das Parlament sollte fähig sein, solche Beträge in nützlicher Frist zu bestimmen. Wir sind nicht für die Unterstützung dieser Weisung und fordern eine Streichung von Punkt 2 und 3.*

Marcel Schönbächler (CVP): *Der Stadtrat hat ein begründetes Interesse daran, dass die beiden Spitäler Mitglied im VZK bleiben. Handlungsspielräume müssen deshalb da sein. Dass der Verband, aufgrund der festgeschriebenen Erhöhungen, seine Beiträge in ein bis zwei Jahren wieder anheben würde, ist eine dünne Ablehnungsbegründung. Deshalb bittet die CVP-Fraktion darum, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.*

Walter Angst (AL): *Bisher wurde noch nichts darüber gesagt, welche Position der VZK in Sachen Arbeitsbedingungen vertritt. Ein ausgeglichener Personalbestand sowie Arbeitsbedingungen, die sich an kantonalen Vorgaben orientieren, müssen in den zu unterstützenden Spitälern vorhanden sein. Die Beantwortung dieser Frage ist zentral bei einer Entscheidung eines Beitritts und Beitrags an einen Arbeitgeberverband.*

Roger Liebi (SVP): *Eine höhere Transparenz der konkreten Ziele des Verbands wünscht sich die SVP-Fraktion ebenfalls. Steht eine Erhöhung bis zu einem bestimmten Betrag schon in einer Weisung, sind die Pläne offensichtlich. Es wird nicht lange dauern, bis die genannte Summe erreicht ist.*

3 / 4

STR Claudia Nielsen: *Wäre dem Stadtrat der finanzielle Aspekt gleichgültig, würde er nicht die Mitgliedschaft im Verband beantragen. Wie das Gesundheitswesen sich in den nächsten Jahren entwickelt, kann heute noch niemand wissen. Um auf das AL-Votum einzugehen: Das Personal beider Stadtspitäler ist gut positioniert, weil nach städtischem Personalrecht angestellt.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Streichung der Ziffern 2 und 3.

Mehrheit: Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Andrea Hochreutener (SP), Simon Kälin (Grüne), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Alan David Sangines (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
Minderheit: Alexander Jäger (FDP), Referent; Margrit Haller (SVP), Urs Weiss (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Andrea Hochreutener (SP), Simon Kälin (Grüne), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Alan David Sangines (SP), Marcel Schönbächler (CVP),
Minderheit: Urs Weiss (SVP), Referent; Margrit Haller (SVP), Alexander Jäger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 40 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für das Stadtspital Triemli wird eine Erhöhung des jährlichen Mitgliederbeitrags an den Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK) auf Fr. 75 000.– ab dem Jahr 2011 bewilligt.
2. Die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements wird ermächtigt, für das Stadtspital Triemli einen Jahresbeitrag bis zu einem Maximum von Fr. 90 000.– zu bewilligen für den Fall, dass es in den nächsten Jahren zu Anpassungen des jährlichen VZK-Mitgliederbeitrags kommen sollte.

4 / 4

3. Die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements wird ermächtigt, für das Stadtspital Waid einen Jahresbeitrag bis zu einem Maximum von Fr. 60 000.– zu bewilligen für den Fall, dass es in den nächsten Jahren zu Anpassungen des jährlichen VZK-Mitgliederbeitrags kommen sollte.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 25. Mai 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juni 2011)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat